

Hier und Heute
[01.06.2007]

Einstiegsgehälter steigen um zehn Prozent - Tarif-Dschungel wird »gerodet«

»Radikale Reform« im DG-Unterrichtswesen

Von Boris Cremer

Die Einstiegsgehälter für Lehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) werden ab 2009 schrittweise um zehn Prozent angehoben. Insgesamt wird die DG künftig jedes Jahr 1,5 Millionen Euro zusätzlich für die Gehälter im Unterrichtswesen aufwenden.



Unterrichtsminister Oliver Paasch (l.) und sein Mitarbeiter Serge Heinen stellten am Mittwoch das neue Sektorenabkommen für das Unterrichtswesen vor.

Diese Reform, die Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) als »radikal« bezeichnet, fußt auf einem neuen Sektorenabkommen, das die Gemeinschaftsregierung mit den Gewerkschaften ausgehandelt hat. »Vor allem ging es darum, den Lehrerberuf attraktiver zu machen«, so Paasch. Einer Situation, wie sie im frankophonen Landesteil und in Deutschland schon jetzt grassiert, will man in Ostbelgien aus dem Weg gehen. Die Zeit sei reif, so Paasch, »denn auch in der DG gibt es schon vereinzelt Unterrichtsausfälle wegen Lehrermangels«. Betroffen sind in erster Linie die Sekundarschulen, und dort speziell die naturwissenschaftlichen Fächer und der Sprachenunterricht.

»Es herrschen aktuell Ungerechtigkeiten. Ein Lizenziat, der in der Unterstufe des Technischen Instituts in St.Vith unterrichtet, verdient 26 Prozent weniger als ein Lizenziat in der Unterstufe der benachbarten Bischöflichen Schule.«

Oliver Paasch

Wer den Lehrerberuf attraktiver gestalten wolle, komme nicht umher, mehr Geld zu investieren, erklärt der Unterrichtsminister. Allerdings werden nicht linear, also auf breiter Front, alle Gehälter erhöht. »Wir haben ein innovatives, kreatives Modell entwickelt«, so Paasch. Konkret: Berufseinsteiger erhalten zehn Prozent mehr Gehalt als bisher. Diese Maßnahme wird auf drei Jahre gestaffelt: 2009 +3 Prozent, 2010 +3 Prozent, 2011 +4 Prozent. Dem Unterrichtsminister ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass es in der Gehaltsskala nicht zu »Überholmanövern« kommt, sprich dass Neueinsteiger nicht höhere Gehälter beziehen als Personalmitglieder mit mehr Dienstjahren. »Es wird deshalb auch bei einigen anderen jungen Lehrern zu Gehaltsverbesserungen kommen.«

Nur noch vier Stufen

Doch die Reform beschränkt sich nicht auf die Berufseinsteiger. Die Regierung »rodet« den bestehenden Tarif-Dschungel. Derzeit greifen im Unterrichtswesen noch 122 verschiedene Gehaltsstufen. »Es herrschen Ungerechtigkeiten, weil Lehrer mit dem gleichen Diplom je nach Lehranstalt unterschiedlich viel verdienen«. Ein Beispiel liefert Paasch aus seiner Heimatstadt: »Ein Lizenziat, der in der Unterstufe des Technischen Instituts in St.Vith unterrichtet, verdient 26 Prozent weniger als ein Lizenziat in der Unterstufe der benachbarten Bischöflichen Schule.« Diese mal kleineren, mal größeren Nuancen sollen nun verschwinden. Denn von den 122 Tarifstufen bleiben für die Anwerbungsämter gerade einmal vier übrig, aufgeteilt nach Diplom: Lizenz bzw. Master (Barema 501), Graduat bzw. Bachelor (301), Abitur (183) und mittlere Reife bzw. kein Diplom (125). Diese Anpassung hat zur Folge, dass einige Bedienstete im Unterrichtswesen in Zukunft - zum Teil erheblich - mehr verdienen werden, denn: »Wir werden für die zurzeit im Unterrichtswesen beschäftigten Personalmitglieder nur nach oben und nicht nach unten korrigieren.« Mit der Konsequenz, dass in Einzelfällen, die Paasch bewusst »Extrembeispiele« nennt, 71 Prozent mehr Bruttogehalt gezahlt wird. Das macht die zukünftigen Lehrkräfte der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Aussage des Unterrichtsministers zu den bestverdienenden in ganz Belgien. Die Gehälter der Französischen Gemeinschaft liegen schon heute unter denen der DG, und Flandern wird nun überholt.

Unbefristete Verträge

Mit dieser Tarifierung geht eine Neustrukturierung des gesamten Personalstatuts einher. Auffällig dabei ist vor allem die Einführung von unbefristeten Arbeitsverhältnissen für das zeitweilige Unterrichtspersonal. »Bisher hatten diese Personalmitglieder«, immerhin 40 Prozent des gesamten Lehrpersonals, »keinerlei Planungssicherheit, weil sie sich jedes Jahr aufs Neue um eine Stelle bewerben mussten«, so Paasch. Zudem kommen zeitweilige Lehrkräfte nicht in den Genuss von einigen Urlaubsregelungen, z.B. Elternurlaub oder Urlaub zur häuslichen Versorgung von Angehörigen. Paasch weist darauf hin, dass 2008 nicht automatisch alle zeitweiligen Angestellten des Unterrichtswesens eine unbefristete Einstellung erhalten werden, sondern nur jene, die sich »im Vorrang befinden«. Dazu muss eine Lehrkraft 720 geleistete Diensttage vorweisen können und ein günstiges Gutachten der Schulleitung erhalten. In diese Kategorie fallen aktuell 300 zeitweilige Lehrkräfte. Die anderen, in etwa nochmal so viele, erhalten einen unbefristeten Vertrag, sobald sie ebenfalls als »vorrangig« eingestuft werden.

Paasch unterstreicht, dass diese unbefristeten Verträge keine Arbeitsplatzgarantie bedeuten. Unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen können Lehrpersonen am Ende eines jeden Schuljahres, wenn die Schülerzahlen und das Lehrpersonal verglichen werden, ihre Stelle verlieren. »Das ist bei uns nicht anders als in der Privatwirtschaft.« Die nicht-beamteten Lehrkräfte erhalten außerdem ab 2008 ihren September-Lohn nicht mehr erst Ende Oktober, sondern wie die »Ernannten« bereits einen Monat vorher. »Wir holen diesen Monat im Januar 2009 auf«, kündigt Paasch an. Konkret werden dann die mehr als 700 zeitweilig beschäftigten Lehrpersonen ein doppeltes Monatsgehalt beziehen. Für die DG bedeutet dies eine einmalige Ausschüttung von 1,27 Millionen Euro. Alle anderen Maßnahmen werden, wohlgernekt jedes Jahr, mit 1,5 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Hier und Heute

[01.06.2007]

Neues Modell für Vollzeitlehrer ab 55 Jahren - Lob der Gewerkschaften

Altersteilzeit nach finnischem Vorbild

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschreitet im Unterrichtswesen erneut skandinavische Wege. »Wir haben uns die Frage gestellt, warum in Finnland die Lehrer so spät in Rente gehen«, sagt Unterrichtsminister Oliver Paasch. Die Antwort auf diese Frage liefert ein Modell der Altersteilzeit, das in Finnland - offenbar erfolgreich - praktiziert wird. Dieses Konzept wird nun auch in der DG Anwendung finden und ist ebenfalls Teil des Sektorenabkommens zwischen Regierung und Gewerkschaften. Das Modell der Altersteilzeit greift bei Personalmitgliedern im Unterrichtswesen, die das Alter von 55 Jahren erreicht haben. Diese Personalmitglieder müssen nicht, können aber in den Genuss einer neuen Einteilung ihrer Arbeitszeit kommen.



Oliver Paasch

»Der Stress, dem Lehrer ausgesetzt sind, rührt von der Arbeit vor der Klasse«, sagt Paasch, und genau hier wird der Hebel angesetzt. Die Altersteilzeit sieht vor, dass beamtete Vollzeitkräfte nur noch einen halben Stundenplan in der Klasse erteilen. In der Arbeitszeit eines Viertelstundenplans üben sie »anderweitige Tätigkeiten im Auftrag der Schule« aus. Zum Beispiel würden diese Lehrkräfte in den Schulmedotheken zum Einsatz kommen oder jungen Lehrer als Mentor bzw. Bezugsperson zur Seite stehen. Für den verbleibenden Viertelstundenplan werden die Lehrpersonen in Altersteilzeit beurlaubt. Im Gegenzug verzichten sie auf 20 Prozent ihres Bruttogehalts. Die Regelung greift ab September 2008. »Das ist ein zukunftsweisendes Modell für das uns die Gewerkschaften bei den Verhandlungen ausdrücklich gelobt haben«, so Minister Paasch. In diesem Zusammenhang weist Paasch den Vorwurf zurück, die eingeleitete Reform im Unterrichtswesen komme nur jungen Lehrkräften zu Gute. »Die Anhebung der Einstiegsgehälter ist nicht die einzige getroffene Maßnahme. Von dieser Reform profitiert das gesamte Unterrichtswesen«.(boc)